
Nicht nur Blumenkinder*

Die 68er und ihre Leistungen

Ernst Benda

In der Debatte über die 1970er Jahre, die am Beispiel des heutigen Bundesaußenministers Fischer geführt wird, geraten die Vorgänge des Jahres 1968 nicht in Vergessenheit, aber sie werden romantisch verklärt, weil sie im Vergleich zu der späteren wilden Zeit als das berechtigte Aufbegehren einer jungen Generation geschildert werden, die einem autoritären Staat gegenüberstand. Ein Beispiel liefert Sieghart Ott in seinem Leserbrief (*FAZ* vom 29. Januar 2001): „Die Bundesrepublik hätte ohne die Achtundsechziger nicht die weitgehend offene und liberale Gesellschaft, die sie heute prägt. Sie haben – auch wenn sie gelegentlich Steine und andere Gegenstände warfen – zur Freiheit und Demokratie entscheidend beigetragen.“

Was es mit dem gelegentlichen Werfen von Steinen und anderen Gegenständen auf sich hatte, kann man nachlesen. In dem Bericht zur innenpolitischen Situation, den ich als damaliger Bundesminister des Innern am 30. April 1968 vor dem Deutschen Bundestag erstattet habe, wird die Lage nach dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke und den anschließenden oft gewalttätigen Auseinandersetzungen geschildert: Es gab an fünf Tagen in 27 Städten Demonstrationen. Manche verliefen friedlich, aber in insgesamt zwanzig Fällen waren sie mit Ausschreitungen, Gewaltakten und schwerwiegenden Rechtsverletzungen verbunden. In München wurde der Journalist Frings durch den Steinwurf eines Demonstranten getötet und es gab ein

weiteres Todesopfer. Insgesamt 280 Polizeibeamte erlitten Verletzungen.

„Benda – wir kommen“

Der 2. Vorsitzende des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), Frank Wolff, äußerte zwar sein Bedauern über den Tod des Journalisten Frings, erklärte aber zugleich, dass man jetzt „auch nicht rührselig werden“ dürfe – Mescalero war schon da. Horst Mahler – heute auf der äußersten rechten Seite angekommen – erklärte, „dass man von vornherein mit solchen Unglücksfällen gerechnet“ habe. Und bei den Frankfurter Demonstrationen am 15. April 1968 wurden folgende Kampfpaparen ausgegeben: „Bildet Greifer-Truppen von zwölf Mann Stärke, die besonders tatkräftige Polizisten schnappen und zusammenschlagen. Das Anzünden umgestürzter Autos und das Werfen von Molotow-Cocktails ist ab sofort als Notwehr zu betrachten ...“

Die das sagten und so handelten, waren keine Blumenkinder. Sie begannen einen Weg, der in die wilden Kämpfe der 1970er Jahre und schließlich zu den Terrorakten führte. Nun trat an den deutschen Universitäten der „Bildungsnotstand“ ein, den Georg Picht einige Jahre vorher verkündet hatte. Der tätliche Angriff auf Professoren, ihre Demütigung und der Untergang jeder Streitkultur in den durch Sprechchöre und Trillerpfeifen beherrschten „Sit-ins“ erzeugten fast überall ein Umfeld, in dem für lange Zeit ein ruhiges Studium unmöglich wurde. Was der Gesetzgeber in vielen Bundesländern später in nacheilendem Gehorsam an Reformen im Hochschulwesen zu regeln versuchte, wurde dann in zentralen Teilen vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt. Erst danach bestand die Möglichkeit, die notwendige Umgestaltung in besonne-

ner Weise in die Wege zu leiten – und eine lange Zeit war so verloren.

Gewiss gab es Anlass zu Reformen und die damals bestehenden Verhältnisse sollten ebenso wenig geschönt werden wie die spätere Zeit unter der Kanzlerschaft von Willy Brandt oder die Gegenwart. Nicht nur in Deutschland, sondern überall in Westeuropa, vor allem in Frankreich und in den USA, war die Zeit reif für einen Wandel. Vieles, was in Deutschland geschah, ahmte nur nach, was man von den USA gelernt hatte.

„Ho-ho-ho, Benda in den Zoo“

Die Polizei war lange gegenüber den bis dahin unbekanntesten Protestformen auf der Straße oder in den Universitäten hilflos. Erst als wir im Bundesinnenministerium die Anleitungen für solche Aktionen erlangten, die in Berkeley (Kalifornien) stattfanden, und diese an die Länderpolizeien weitergaben, gelang es diesen, sich auf die neue Situation zunehmend einzustellen und ihr wirksamer zu begegnen. Die Polizeibeamten waren damals ebenso wenig wie heute blindwütige Schläger, die sinn- und grundlos auf friedliche Demonstranten einschlugen. Wenn sie im Einzelfall ihre Befugnisse überschritten, unterlagen sie straf- und disziplinarrechtlichen Sanktionen, anders als die Werfer von Steinen oder Molotow-Cocktails, die sich manchmal hinter friedlichen Demonstranten verbergen und dann nicht gefasst werden können. Sollte es Richter gegeben haben, die von dem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit noch nichts gehört hatten, konnten sie notfalls durch das Bundesverfassungsgericht hierüber belehrt werden.

Dem Tod von Benno Ohnesorg in Berlin im Juni 1967 war vorausgegangen, dass die gegenüber der Oper aufgestellte Bereitschaftspolizei – junge Männer, die ebenso

alt waren wie die meisten der Demonstranten – von der politischen Führung strikt angewiesen waren, über Stunden reaktionslos Beschimpfungen, Würfe von Eiern und auch Steinen über sich ergehen zu lassen. Als dann der Einsatzbefehl kam, hatte sich Wut aufgebaut, die sich dann entlud. In dieser aufgeheizten Atmosphäre konnte geschehen, was dann zum Tode eines unschuldigen Opfers führte. Die Lehre hieraus ist, dass nicht Zuwarten, sondern das rasche entschlossene, den Umständen angemessene und besonnene Eingreifen eine Eskalation verhindert.

Die Proteste von 1968 richteten sich gegen den Vietnamkrieg, die Notstandsgesetze und das Fehlen einer Bildungsreform. Nicht alle, die gegen die damals und schon seit vielen Jahren diskutierte Notstandsregelung protestierten und demonstrierten, hatten die Texte wirklich gelesen. Im Abstand von mehr als dreißig Jahren lässt sich leicht feststellen, dass alle damals dargestellten Szenarios vom Untergang der deutschen Demokratie sich als völlig realitätsfern erwiesen haben. Aber die Auseinandersetzung war legitim, soweit sie auf gewaltsame Aktionen verzichtete. Mit vielen, die damals im Mai 1969 zu tausenden mit dem Kampfruf „Benda – wir kommen“ den Bonner Bahnhof verließen, habe ich später ruhig und vernünftig reden können. Den anderen Sprechchor „Ho-ho-ho, Benda in den Zoo“ fanden meine Kinder lustig; sie setzten den Vers dagegen „Hei-hei-hei, da ist nichts mehr frei“. In den Universitäten, in denen ich an Diskussionen zu diesem Thema teilnahm, ging es weniger lustig zu. Hier war angesichts des Einsatzes von Wurfgeschossen und massivster akustischer Störungen fast nie eine sachliche Diskussion mehr möglich, die doch der Klärung der Streitfragen hätte dienen können.

Reformen sind stets notwendig und niemand kann bestreiten, dass sich damals ein erheblicher Bedarf aufgestaut hatte. Viele der damals jüngeren Menschen hatten dies frü-

her erkannt als die Älteren, die zu dem politischen Establishment gehörten. Diese alle als verkrustete Autoritäre und – wie es heute behauptet wird – lernunfähige Alt-Nazis anzusehen, verfälscht die Wirklichkeit. Über Nutzen und Risiko einer Großen Koalition, wie sie damals bestand, mag man streiten; der Reformwille und die Fähigkeit zum Wandel war bei beiden Partnern vorhanden, im Bereich der Bildungs-, der Sozialpolitik wie auch bei der damals beginnenden Formulierung einer neuen Ostpolitik.

„Hei-hei-hei, da ist nichts mehr frei“

Nein, es war keine idyllische Zeit. Das Erbe der NS-Zeit lastete auf der Bundesrepublik, die sich nur zögernd mit der deutschen Vergangenheit auseinandersetzte. Aber dieser Prozess hatte mit der 1965 geführten Diskussion um die Verjährung von NS-Verbrechen und den seither intensiver geführten Prozessen über solche Taten begonnen. Die notwendige Entrümpelung des Strafrechts war in vollem Gange und die Gleichberechtigung der Geschlechter war zwar noch nicht in der gesellschaftlichen Wirklichkeit, aber doch in den rechtlichen Regelungen weitgehend durchgesetzt. Die handelnden Politiker waren vielleicht nicht besser, aber auch nicht schlechter als die heute Tätigen. Und sie hatten zur Bevölkerung einen engeren Kontakt als heute. Das Bild des Außenministers auf dem Wege zu seiner Zeugenvernehmung vor einigen Tagen zeigt ihn eng umringt von einer großen Zahl von Sicherheitsbeamten. Dies mag notwendig sein, aber damit wird eine persönliche Ansprache unmöglich. Als ich in der unruhigen Zeit von 1968 und 1969 Bundesinnenminister war, konnte ich am Wochenende ohne jede polizeiliche Begleitung ins Schillertheater in Berlin gehen und in den Pausen wurde ich von vielen anderen Besuchern angesprochen. Später

gab es einen freundlichen älteren Kriminalbeamten, der sich gelegentlich am Telefon nach meinem Befinden erkundigte und mich auch manchmal zum Flughafen begleitete. Aber niemals gab es damals die vollständige Isolation der Politiker von der Bevölkerung, die durch die heute für notwendig erachteten Sicherheitsmaßnahmen erzeugt wird. Kommt hierzu die Erkenntnis, dass man durch Interviews im Fernsehen viel mehr Menschen erreichen kann als im direkten Gespräch oder in einer Versammlung, so ist der Abschluss vollkommen und das Gefühl für die Stimmungen und Empfindungen der Bürger stumpft ab oder erstirbt. So verändert sich mit den Lebensumständen der Politiker auch die Politik – und beides nicht zum Besseren.

Manche der 68er haben Anstöße für Reformen und für notwendigen Wandel gegeben. Das kann man gerne anerkennen. Diejenigen, die in Hörsälen oder auf der Straße gebrüllt haben und erst recht die, die – wenn auch vielleicht nur „gelegentlich“ – Steine oder Schlimmeres geworfen haben, gehören nicht zu denen, denen wir heute Dank schulden.

Anmerkung

* Erschienen in der *FAZ* vom 31. Januar 2001.